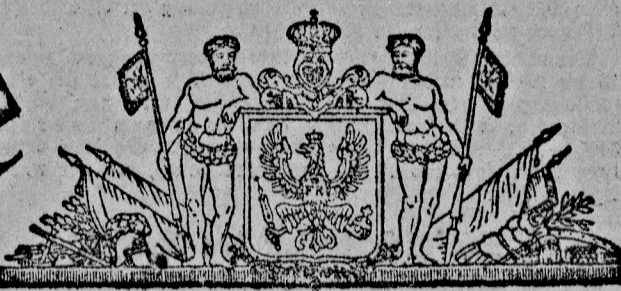


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestollg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 bis 11 852, sowie 15 277 und 15 281 bis 15 298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Wirths Finanzrede.

Von

Georg Bernhard.

Reichsfinanzminister Wirth hat gestern im Reichstag eine sehr lange Rede gehalten. Trotzdem sollte sich jeder Deutsche die Mühe nehmen, sie sorgfältig zu lesen. Sie ist zwar nicht erbaulich, aber doch recht lehrreich. Namentlich von ihrem letzten Teil kann der Fachmann reiflos jedes Wort unterschreiben. Der Finanzminister setzt da auseinander, wie eng Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen, wie sehr die Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands gegenüber den Siegern eine Frage seiner Produktionsfähigkeit ist, und wie wenig das bloße Denken in Geldeinheiten die Erkenntnis dessen, was möglich, und dessen was notwendig ist, fördert. Auch darin hat der Finanzminister recht, daß der Geldschleier, der über die meisten wirtschaftlichen Vorgänge gebreitet ist, immer noch viel zu viel dazu verleitet, das Geld als etwas Reales und Selbständiges, nicht aber bloß als die Tauschverbindung zwischen den Gütern anzusehen.

In diesem Zusammenhang sprach der Finanzminister auch von den kommenden Verhandlungen in Spa. Darf man aus seinen Worten die Hoffnung schöpfen, daß die positiven Vorschläge, die die deutschen Delegierten dort machen wollen, wirtschaftlicher Natur seien und nicht den Charakter eines Bankier-Diskont-Geschäftes tragen werden? So erfreulich ein derart einsichtsvolles Verhalten sein würde, so bedauerlich bleibt es gerade dann, daß zur Vorbereitung der sich daraus von selbst ergebenden Gemeinsamkeit zwischen den europäischen Völkern von der früheren deutschen Regierung so gut wie gar nichts geschehen ist. Die leere Protestpolitik, die Deutschland bisher betrieben hat, war, wenn man ihr überhaupt einen sachlichen Grund unterschieben will, nur von dem Gesichtspunkt aus zu verstehen, daß Deutschland sich auf das Unterschreiben einer reinen Geldverpflichtung einstellte, und durch seine Proteste von irgendeiner generischen Seite den Bestand für die möglichst niedrige Bemessung dieser Summe zu erreichen hoffte. Wäre die deutsche Regierung aber von vornherein in die Tiefe des Problems eingedrungen, hätte sie rechtzeitig die enge Verflechtung ihrer finanziellen Verpflichtung mit der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und mit der Abhängigkeit von einem Verhältnis gegenseitiger Aushilfe zwischen Deutschland und Frankreich erkannt, so würde mindestens innerhalb der deutschen Landesgrenzen bereits ein Umbau vorbereitet worden sein, der die Wiederkehr geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse wenigstens anzubahnen geeignet war.

Der Finanzminister hat nun aber gestern ein Bild der deutschen Finanzlage entrollt, das rein finanziell genommen schon traurig genug war. Geradezu niederdrückend aber mußten die finanziellen Ausführungen des Ministers durch die trübten wirtschaftlichen Hintergründe werden, die durch die von ihm gegebenen Zahlen des Budgets hindurch schimmerten. Die Betriebsverwaltungen des Reiches geben ein Defizit von 16 Milliarden Mark. Davon entfallen auf die Eisenbahn allein rund 15 Milliarden. Der größte Teil dieses Defizits ist auf die Personalkosten zu rechnen. Leider erklären sich diese hohen Personalaufwendungen, die jetzt dem Reich erwachsen, nicht bloß aus der natürlichen Steigerung der Löhne und Besoldungen, sondern auch noch aus den willkürlichen und demagogischen Maßnahmen, die unverantwortlicherweise die Einzelländer vor der Uebergabe der Eisenbahn an das Reich durchgeführt haben. Sie haben vielfach von sich aus schnell vorher noch besondere Befolungsordnungen geschaffen und sogar die Zahl der Beamten vermehrt und ihre Klassifizierungen verschoben. Jedoch auch wenn man diese das Reichs- und Gemeinschaftsgefühl grell beleuchtenden Mißstände unbeachtet läßt, ist das wirtschaftliche Bild, das sich aus diesen Ziffern ergibt, noch immer recht traurig. Denn in diesen Ziffern spiegelt sich der Erfolg einer plan- und ziellosen Wirtschaftspolitik aller bisherigen Reichsregierungen. Durchaus treffend hat der Reichsfinanzminister auseinandergesetzt, daß die Schattenseite „der Angleichung an die Weltmarktpreise“ bei der Beamtenbesoldung sich besonders bemerkbar machen müsse, weil das Reich nicht in der Lage ist wie die Privatindustrie, aus höheren Preisen die erhöhten Unkosten wieder hereinzubringen.

Wer trägt denn aber die Schuld daran, daß diese Angleichung an die Weltmarktpreise eintreten konnte? Niemand anders als die Mitglieder der Kabinette Bauer und Hermann Müller. In erster Reihe der frühere Finanzminister Erzberger und der frühere Schatzminister Gothein. Herr Gothein hat nach seiner Ministerschaft noch diese Angleichung publizistisch vertreten, und er hat noch jüngst in einem Zeitungsartikel von der freien Wirtschaft in begeisterten Hymnen geschwärmt. Und während die sozial verklärten „Theoretiker“ noch mit Herrn Gothein über Recht oder Unrecht stritten, haben die Regierungen teils nichts getan, teils alles zugelassen, was zur hemmungslosen Steigerung der

Löhne und der Preise wie zum Bergehojen Anschwellen des Papiergeldumschs und der schwebenden Schuld führen mußte. Inzwischen hat die Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarktpreis verloren. Die aufgebblähten Löhne besitzen keine Kaufkraft mehr, und die hohen Gehälter, die der Staat seinen Arbeitern und Beamten zahlen muß, schaffen ein uneinbringliches Defizit im Reichsbudget. Die Milliarden, die auf diese Weise eine Hand voll Geschäftsleute in Deutschland verdienten, werden jetzt auf dem Wege über unerschwingliche Tarife dem Volke als indirekte Steuer wieder abgenommen. Und die hohen Kosten für Reisen, Porto, Telegramm- und Telephongebühren machen es dem ehrlichen Kaufmann und Industriellen unmöglich, seine Geschäfte in Gang zu halten. Und das ist geschehen unter dem Regime sozialistischer Minister. Wenn Ferdinand Lassalle heute aus dem Grabe auferstünde, er würde sich erstaunt das Wert seiner Jünger ansehen, die an Stelle der Produktivassoziationen mit Staatskredit, die er einst forderte, Schiebergenossenschaften mit Reichshilfe ins Leben gerufen haben.

Die Folgen dieser unheilvollen Tätigkeit zeigen sich in dem ungeheuerlichen Anschwellen der Staatsschuld. Der Finanzminister bezifferte den augenblicklichen Stand der Reichsschuld auf 209 Milliarden Mark. Sie ist mithin in den Monaten Mai und Juni um rund 9 Milliarden Mark gewachsen. Rechnet man nach den Angaben des Ministers 16 Milliarden für Rückvergütung an die Länder und Gemeinden für Kriegsaufwendungen und 39 Milliarden für die Uebernahme der Eisenbahnen hinzu, so erhält man die Summe von 265 Milliarden. Minister Wirth sagte: „Diese Zahlen sprechen Bände.“ Dabei fehlt noch ein sehr wesentlicher Ergänzungsbund. Denn wie die Dinge liegen, ist so nicht anzunehmen, daß im letzten Teil des Kalenderjahres keine weitere Schuldvermehrung eintritt, so daß man am Schluß des Jahres mit einer Schuld von 300 Milliarden etwa wird rechnen müssen.

Und dann kommt der besonders dicke Ergänzungsbund: Spa. Um sich die Wirkungen von Spa klar zu machen, muß man von den Budgetziffern ausgehen, die der Reichsfinanzminister anführt. Ordinarium und Extraordinarium für 1920 schließen vorläufig mit einem Bedarf von etwa 56 Milliarden. Wenn man die erhöhte Staatsschuld berücksichtigt, so kann man ruhig 58 Milliarden als bisher schon feststehenden Umfang des Bedarfs annehmen. Von diesem Bedarf glaubt der Minister 28 Milliarden unter der Voraussetzung der Bewilligung von 3 Milliarden neuen Steuern decken zu können, so daß 30 Milliarden Mark ungedeckt bleiben. Zu dem Budget von 58 Milliarden Mark kommen nun noch die Annuitäten aus den Verpflichtungen, die in Spa befestigt werden sollen. Das deutsche Volk macht sich von dem, was uns in Spa bevorsteht, anscheinend immer noch keine rechte Vorstellung. Wenn man eine ausschweifend niedrige Schätzung dieser Verpflichtungen in Gold vornimmt, und wenn man trotz aller gegenteiliger Wahrscheinlichkeiten an eine erhebliche Besserung der deutschen Valuta glaubt, dann wird die Verpflichtung aus Zinsen und Tilgung, die hier dem Reich erwachsen wird, mindestens mit soviel Papiermark zu bemessen sein, daß das Jahresbudget mindestens 76 Milliarden Papiermark ausmacht.

Es hat auch gar keinen Zweck sich irgendwelchen Täuschungen hinzugeben: Diese Summe ist in der Geldrechnung überhaupt nicht aufzubringen und bedeutet den vollkommenen Bankrott des Deutschen Reiches, wenn nicht von Grund auf neue Formen für die Einnahmehbeschaffung gebaut werden. Hier hat der Finanzminister die Möglichkeit, praktisch die Folgerungen aus seiner Erkenntnis zu ziehen, daß unter den heutigen Verhältnissen Finanzpolitik mehr noch als jemals vorher Wirtschaftspolitik ist. Diese Riesensumme erfordert den vollkommenen Umbau der deutschen Wirtschaft und verlangt an Stelle des bisher üblichen Systems von Geldzahlungen in der Steuer Leistungsabgaben der zu bildenden Produzentengemeinschaften. Eine neue Form der Gemeinwirtschaft ist heute gar nicht mehr eine Frage der sozialpolitischen oder wirtschaftspolitischen Ueberzeugung, sondern einfach eine Forderung der steuerlichen Notwendigkeit. Von solcher Umformung der deutschen Wirtschaft hängt auch die Lösung von Problemen ab, die auf den ersten Blick mit der Finanznot des Reiches gar nichts zu tun zu haben scheinen.

Die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates werden sich in den nächsten Tagen mit dem Antrag Wissell zu beschäftigen haben, der Maßnahmen fordert, die die Erwerbslosenfürsorge produktiv umgestalten sollen und der von der Tatsache ausgeht, daß in der Zeit allgemeinen Warenhungers Fabriken geschlossen werden und Arbeiter auf die Straße setzen. Die Schuld an diesen Zuständen trägt die gleiche planlose Wirtschaft, die zur Vergrößerung der schwebenden Schuld und zur Erhöhung des Ausgabenbudgets führt. Die Art, wie der Wirtschaftsrat dieses Problem anficht, wird ein Vorzeichen dafür sein, wie er seiner Aufgabe gerecht wird. Es wird sich da erweisen, ob er wie ein Quacksalber an den Symptomen herumturtelt, oder ob er wie ein wirklich sachverständiger Arzt die Erkrankung des Gesamtorganismus zu erkennen und zu heilen sich bemüht. Planwirtschaft, Horatio!

## Deutschlands Schuldenlast.

Sitzung des Reichstags.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hielt gestern im Reichstag eine finanzpolitische Rede, in der er u. a. ausführte:

In einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung habe ich die Finanzlage Deutschlands dargelegt. Schon aus meinen damaligen Ausführungen konnte jeder bereits den Ernst unserer finanziellen Lage erkennen. Die Dinge sind seitdem nicht besser geworden, die Lage unserer Reichsfinanzen hat sich vielmehr in manchen Punkten noch schlimmer gestaltet.

Zum Verständnis dieser schwierigen Lage aber ist notwendig, daß man einen Rückblick wirft auf die Entwicklung, welche unsere Finanzen vom Kriegsbeginn bis zur Gegenwart genommen haben. Um Ihnen nun ein eingehendes Bild von dieser Gestaltung unserer Finanzen seit Kriegsbeginn bis zur Stunde zu geben, habe ich eine Denkschrift ausarbeiten lassen, die Ihnen in den nächsten Tagen zugehen wird. Solche Ziffern muß man im ersten, ruhigen Stadium auf sich wirken lassen, um die ganze Tragik, die in ihnen beschlossen liegt, zu erfassen und auch die harten Konsequenzen aus diesen Tatsachen zu ziehen.

### Die Entwicklung der Reichsfinanzen.

Die Reichsfinanzen zeigen seit 1914, daß im Grunde genommen die Anfänge der jetzigen Finanzkrise zurückreichen bis in die erste Zeit des Krieges. Denn schon damals begann das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben, die normalerweise auf den ordentlichen Etat genommen werden mußten, und zwischen den laufenden Einnahmen sich herauszubilden. Schon damals setzte die schleichende Erkrankung unserer Finanzen ein und verschärfte sich seitdem von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat. Bei genauerem Zusehen kann man drei Entwicklungsstufen unserer Kriegesfinanzwirtschaft unterscheiden. In der ersten Zeit des Krieges konnte noch aus dem Vollen der Volkswirtschaft geschöpft werden. Der Hochstand unserer wirtschaftlichen Entwicklung, die Waren- und Rohstoffvorräte, kurz die ganze Fülle von Sachgütern, mit der wir in den Krieg eintreten, stand zur Verfügung. Es konnte außerordentlich viel Sachkapital in papierenes Kriegsanleihekapital verwandelt werden. Das war die Zeit, wo die Anleihepolitik auch volkswirtschaftlich auf breiter Basis stand, wo wir uns wirtschaftlich und finanziell noch nicht übernommen hatten. Steuerpolitisch freilich sah es schon im Jahre 1916 ziemlich trübe aus. Das genannte Rechnungsjahr erforderte bereits für den Schuldendienst 2518 1/2 Millionen Mark, also mehr wie der ganze Friedenshaushalt des Reiches ohne die Betriebsverwaltung vor dem Kriegesfordern hatte. Würde nicht ein Teil der Ausgaben des ordentlichen Kriegsetats auf den Kriegsfonds geworfen worden sein, so würde der Gesamtbedarf des Jahres 1916 an laufenden Ausgaben sich auf rund 5 Milliarden gestellt haben. Die Einnahmen des genannten Jahres aber betragen, wenn man von den Anleiheerträgen abzieht, alles in allem kaum 2 Milliarden Mark. Es bestand also damals bereits ein Defizit von etwa 3 Milliarden Mark, ungedeckt die Summen, die man ausgeben mußte für Kriegesbedürftige und Hinterbliebene.

Vom Jahre 1917 ab beginnt die zweite Phase der wachsenden Finanznot. Unsere Volkswirtschaft ist damals schon stark ausgebeutet. Nun beginnt der eigentliche Aufbau an der physischen, materiellen und finanziellen Kraft unserer Nation. Der Krieg wird kostspieliger; die Teuerung steigt; eine volkswirtschaftliche Verarmung tritt ein und macht von Monat zu Monat progressiv Fortschritte. In der Entwicklung der Reichsfinanzen spiegelt sich diese Kräfteüberspannung wider in dem Steigen der schwebenden Schuld und in dem wachsenden Mißverhältnis zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben. Trotzdem die Kriegsanleihen glänzende Ergebnisse bringen, kann die schwebende Schuld durch sie nicht mehr ausgeglichen werden. Neben der starken Zunahme der Daueranleihen häuft sich auch bei uns in der zweiten Hälfte des Krieges ein immer größerer Berg von schwebenden Schulden, und bei Kampfesende nähern sich diese der 50-Milliarden-Grenze (ohne Bürgschaftschulden).

Dann kam der Zusammenbruch. Militärisch und politisch. Mit ihm tritt die Krise unserer Finanzen in das dritte Stadium. Es beginnt die geradezu beängstigende Zunahme der schwebenden Schuld. Diese mußte unvermeidbar eintreten, denn einerseits fehlten dem Reich größere Steuerquellen, fehlten die Grundlagen für die Aufnahme von festen Anleihen, andererseits kamen Riesenaufgaben als Restbestände und Folgen des Krieges hinzu. Die Liquidation des Krieges kostete Monat für Monat Milliarden Mark und wird auch weiter noch große Summen verschlingen. Es stehen daneben die Ausgaben für einen unendlich harten Frieden. Es kommen hinzu die gewaltigen Summen, welche für die Verbilligung der Lebensmittel und für sonstige volkswirtschaftliche und soziale Zwecke aufgewendet werden müssen. Und bei alledem wird der Zusammenbruch unserer Währung in geradezu unheimlicher Weise ausgedehnt. Auch das Reich hat ungleich höhere Ausgaben infolge des Zusammenbruches des Geldwertes.

### Die Riesensummen.

Der Haushalt von 1918 weist nach der Denkschrift rechnungsmäßig eine Gesamtausgabe von 44 Milliarden auf. In Wirklichkeit aber betrug allein die Schuldvermehrung in dem genannten Jahre 51 Milliarden, so daß tatsächlich die Ausgaben des Jahres 1918 mindestens 58 Milliarden Mark betragen haben müssen.

Hier stoßen wir auf eine der unangenehmsten Tatsachen unserer kriegsberingerten Finanzwirtschaft: die zu späte Berechnung dreits getätigter Ausgaben. Die Berechnung konnte im